

MEINE WERTE

Liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

wir leben in einer parlamentarischen Demokratie und ich finde das ist gut so. Unsere Verfassung und unsere Staatsform haben sich bewährt und sind zum Vorbild für viele Länder geworden.

Eine parlamentarische Demokratie lebt von der Akzeptanz und dem Engagement der Wählerinnen und Wähler. Hier liegt bei sinkenden Wahlbeteiligungen leider einiges im Argen. Unsere Parlamente und die Parteien müssen die Bevölkerung unseres Landes repräsentativ und glaubwürdig abbilden.

Das Durchschnittsalter im Deutschen Bundestag liegt bei über 50 Jahren. Ich gebe zu, dass es mich durchaus reizt mit meinen 33 Jahren diesen Altersdurchschnitt ein wenig zu senken.

In Deutschland sind 62 Millionen Menschen wahlberechtigt. Davon sind allein 32 Millionen Frauen. Die CDU/CSU Bundestagsfraktion hat 311 Abgeordnete. Davon sind gerade einmal 77 Frauen. Auch hier besteht ein Nachholbedarf in Bezug auf die Gewichtung in der Bevölkerung.

Diese Fakten, meine lieben Parteifreunde, sind aber nicht der Grund, warum ich mich um ein politisches Amt bewerbe.

Als Richterin und politischer Mensch habe ich eine Reihe von Themen und Problemen erlebt, die meiner Meinung nach in Zukunft von der Politik angepackt werden müssen:

- Die Verschlechterung der inneren und äußeren Sicherheitslage und die Tatsache, dass mehr und mehr Menschen sich bedroht und unsicher fühlen.
- Die bedrohliche Staatsverschuldung und die damit verbundene hohe Zukunftsbelastung unserer Jugend.
- Die wachsende Altersarmut und der nicht mehr ausgeglichene Generationenvertrag zwischen Jung und Alt.
- Die im Grundgesetz garantierte Gleichheit von Mann und Frau und die Abschaffung der schlechteren Bezahlung von Frauen bei gleicher Arbeit.
- Die ungerechte steuerliche Bevorzugung von Erträgen aus Kapitalanlagen und Spekulationsgeschäften und die Steuerflucht von Konzernen und Millionären ins Ausland.

MEINE VITA

1982 wurde ich in Bielefeld geboren und bin in Bad Westernkotten aufgewachsen. Nach dem Abitur am Städtischen Gymnasium Erwitte begann ich mein Jura-Studium an der Universität zu Köln. Während des Studiums absolvierte ich u.a. ein mehrmonatiges Praktikum im Berliner Büro des CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Friedbert Pflüger.

Das Studium schloss ich 2008 mit dem 1. juristischen Staatsexamen ab. Im direkten Anschluss absolvierte ich mein Referendariat am Landgericht Bielefeld und erlangte 2010 mein 2. juristisches Staatsexamen. Parallel zum Referendariat promovierte ich an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster bei Prof. Dr. Wittreck zu dem Thema „Online-Durchsuchung im Lichte des Verfassungsrechts“.

Im Dezember 2009 erlangte ich den Doktor der Rechte. Nach 4-monatiger anwaltlicher Tätigkeit wurde ich im Dezember 2010 zur Richterin ernannt.

Es folgten mehrere Stationen u.a. am Landgericht Detmold, Amtsgericht Paderborn und Amtsgericht Beckum, bis ich dann schließlich im Juli 2012 zum Landgericht Paderborn kam und dort seit Februar 2014 eine Planstelle habe. Zusätzlich bin ich seit dem 01.01.2013 ausgebildete Mediatorin und seit dem 01.01.2014 stellvertretende Pressesprecherin des Landgerichts Paderborn.

Nebenbei war ich auch immer wissenschaftlich tätig. So habe ich etwa einige Semester lang Arbeitsgemeinschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster geleitet und seit dem Wintersemester 2014/2015 wurde mir ein Lehrauftrag an der Universität Bielefeld erteilt.

Das aktive Engagement in der Politik und insbesondere die Werte der CDU in ländlichen Strukturen bekam ich schon in Kindheitstagen durch meinen Vater und meinen Großvater vermittelt, die beide aktiv in der CDU tätig waren.

Kontakte während des Studiums mit dem RCDS und das Praktikum im Berliner Bundestagsbüro von Dr. Friedbert Pflüger stärkten mein Interesse an politischen Themen.

Die Kombination aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen insbesondere aus meiner Doktor-Arbeit und den beruflichen Erfahrungen als Richterin haben mich endgültig darin bestärkt, mich selbst politisch einzubringen, etwas bewirken und verändern zu wollen.

Bundestagswahl 2016



**Dr. Anne
Gudermann**

CDU

WIR MÜSSEN UNSERE SICHERHEIT STÄRKEN!

Die Sicherheitslage hat sich in den letzten Jahren drastisch verändert. Die jüngsten Anschläge, die latente Gefahr durch den international operierenden Terrorismus, die Aufnahme von über 1 Million Flüchtlingen, die zunehmende organisierte Kriminalität z.B. in Form von Wohnungseinbruchdiebstählen machen den Menschen Angst. In der Bevölkerung besteht daher das zunehmende Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit.

Dass dieses Thema sehr ernst zu nehmen ist, zeigt der starke Zuwachs der Anhänger der AfD, der sehr beunruhigend ist. Es ist mir daher ein besonderes Anliegen dieses Thema anzugehen und mich den Ängsten und Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger anzunehmen. Es soll einen Schwerpunkt meiner politischen Arbeit bilden. Dabei kann ich sowohl meine beruflichen Erfahrungen als Richterin als auch meine wissenschaftlichen Erkenntnisse zu diesem Thema aus meiner Dissertation gut einbringen.

Wir müssen für die Sicherheit unserer Bevölkerung intensiver arbeiten. Dabei will ich mit Augenmaß die Möglichkeiten des Staates zur Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung verbessern. Ich möchte die Vorbeugung, Bekämpfung und Bestrafung von Verbrechen intensivieren.

Im Rahmen der von dem Bundesverfassungsgericht festgelegten Grenzen sollen den Sicherheitsbehörden Instrumente für staatliche Ermittlungen erschlossen werden, wie etwa Telekommunikationsüberwachung, Online-Durchsuchung und Vorratsdatenspeicherung.

Insbesondere die Videoüberwachung im öffentlichen Raum und im Personennahverkehr soll forciert werden, damit solche Delikte wie in der Silvesternacht in Köln nicht mehr passieren können.

Wer Recht bricht und sich damit gegen die Werteordnung unserer Gesellschaft stellt, muss mit konsequenter und zügiger Bestrafung rechnen, dies gilt insbesondere für Wiederholungstäter. Die Polizei muss gestärkt werden. Die personelle und technische Ausstattung der Polizei muss den steigenden Aufgaben angepasst werden.

Um zu verhindern, dass Straftäter oder islamistische Terroristen in unser Land kommen, darf es auch keine unkontrollierten Grenzübertritte mehr in den EU-Raum geben. Diesbezüglich hat die Politik der EU-Kommission bisher vollkommen versagt.

Die Flüchtlinge müssen an den Grenzen erkennungsdienstlich registriert, Fingerabdrücke genommen und ihre Daten in einer EU-Sicherheitsdatei überprüft werden. Jeder Asylantrag muss einzeln und schnell geprüft werden.

WIR MÜSSEN UNSERE FREIHEIT BEWAHREN!

Auf der anderen Seite ist es mir ein großes Anliegen, die Freiheit unserer demokratischen Gesellschaft zu bewahren. Ohne Freiheit keine Sicherheit, ohne Sicherheit keine Freiheit. Diese beiden Grundwerte schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander.

Diese Balance zwischen Sicherheit und Freiheit zu wahren hat das Bundesverfassungsgericht in seinen Entscheidungen immer wieder angemahnt und dem Gesetzgeber aufgegeben, Gesetze nachzubessern. Das bedeutet in Bezug auf zukünftige politische Arbeitsfelder, dass Gesetze geschaffen/nachgebessert werden müssen, die den Sicherheitsbehörden die oben genannten Instrumente ermöglichen, aber zugleich den hohen verfassungsrechtlichen Anforderungen genügen. Bei den entsprechend zu fassenden Gesetzesentwürfen könnte ich mich aufgrund meiner wissenschaftlichen Arbeit zu diesem Thema im Rechtsausschuss gut einbringen.

Ich lehne einen Staat ab, der alle Lebensbereiche der Menschen regelt. Überregulierung durch Gesetze und Verordnungen und Überbürokratisierung muss verhindert werden. Auch der Regelungswahn der EU-Kommission in Brüssel muss reduziert werden. Sozialstaatliche Daseinsvorsorge darf nicht zur Entmündigung durch den Staat führen. Sie muss die Leistungsfähigkeit des Einzelnen fördern. Persönliche Lebensverantwortung geht vor staatlicher Reglementierung.

Anders als es unser ehemaliger Bundespräsident Christian Wulff geäußert hat, habe ich mit der Aussage, dass der Islam zu Deutschland gehört, Probleme. Der politische Islamismus mit seinem Staats- und Menschenbild und der extreme Salafismus, der jeweils seine radikale Interpretation des Islam über unsere Verfassung stellt, sind eine Gefahr für die Menschen in Deutschland, auch für die verfassungstreue Mehrheit unter den Muslimen. Gläubige Muslime, die unsere Verfassung und unseren Rechtsstaat anerkennen, gehören aber sehr wohl zu Deutschland. Wer Asyl bei uns erhält, und hier lebt, hat unsere freiheitliche Grundordnung anzuerkennen.

WIR MÜSSEN FÜR MEHR GLEICHHEIT SORGEN!

Ich bin der Meinung, dass wir einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen und Geschlechtern brauchen.

Auch wenn es heutzutage kaum noch vorstellbar ist, aber ich habe in meinem privaten Umfeld mitbekommen, dass es immer noch viele Bereiche gibt, in denen Frauen bei gleicher Qualifikation und gleicher Arbeit, schlechter bezahlt werden. Ich setze mich daher für die Abschaffung unterschiedlicher Bezahlung bei gleicher Arbeit von Mann und Frau ein.

Aufgrund des demografischen Wandels müssen immer weniger Erwerbstätige für immer mehr Menschen sorgen, die nicht im Erwerbsleben stehen. Die Aufwendungen für Rentner und Pensionäre werden weiter zunehmen. Unsere bisher bewährten Sozialen Sicherungssysteme sind diesen Entwicklungen nicht gewachsen. Sie müssen der veränderten Situation angepasst werden. Zwischen den Generationen muss es gerecht zugehen. Daher sollte ein neuer Generationenvertrag zwischen Arbeitnehmern und Rentnern ausgehandelt werden.

Gerade im ländlichen Raum pflegen viele Menschen ihre Eltern Zuhause. Dabei ist die private häusliche Pflege sicher der Fremdpflege vorzuziehen. Ich möchte daher gerne erreichen, dass die private häusliche Pflege wie die von externen Pflegediensten finanziell gleichgestellt wird.

Die Versorgung des ländlichen Raumes ist denen der Ballungsräume anzupassen. Beispielsweise brauchen wir in Zukunft eine wohnortnahe und medizinische Grundversorgung der Menschen mit hochwertigen Leistungen. Gerade im ländlichen Raum müssen Anreizmodelle für die Praxis-Niederlassungen von jungen Ärzten entwickelt werden.

WIR MÜSSEN FÜR GERECHTIGKEIT KÄMPFEN!

Alle Statistiken und Erhebungen zeigen, dass in Deutschland die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird. Der wirtschaftliche Aufschwung geht an vielen vorbei. Neue Zahlen zeigen, dass fast jeder fünfte Minderjährige in einer armen Familie lebt. Mein Anliegen daher: Überproportionales Wachstum der Großvermögen und Verarmung breiter Schichten stoppen!

Das bedeutet in der Tagespolitik und im Bezug auf zukünftige politische Arbeitsfelder, dass ich mich dafür einsetze, dass Einkünfte aus Kapitalanlagen wie alle anderen Einkommensarten versteuert werden, dass der Soli zur Wiedervereinigung – so wie damals versprochen – von 5,5% in jährlichen Raten von 0,5% abgeschafft wird und dass die Bevorzugung von Unternehmensvermögen bei der Erbschaftssteuer - nach den Vorgaben des BVerfG - verringert wird.

Die Bankenkrise ist noch nicht überwunden. Die Finanzmärkte, Banken und Fonds müssen stärker kontrolliert und mit mehr Eigenkapital ausgestattet werden. Die Menschen empfinden es zurecht als Ungerechtigkeit, wenn Banken, Fonds und Unternehmen aus Steuermitteln gerettet werden.